

GASPROM-BÜRGSCHAFT

## Neue Ermittlungen gegen Koch-Weser

Wegen des Verdachts auf Vorteilsannahme hat die Staatsanwaltschaft Berlin die bereits eingestellten Ermittlungen gegen den Ex-Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Caio Koch-Weser, wiederaufgenommen. Hintergrund ist unter an-

derem die erst nach der Einstellungsverfügung bekannt gewordene, umstrittene Bundesbürgschaft für einen Milliardenkredit der Deutschen Bank an den russischen Energiekonzern Gas-

prom. Koch-Weser hatte die Absicherung des Darlehens durch den Bund im Oktober 2005 abgezeichnet. Wenige Wochen später verkündete die Deutsche Bank, dass sie Koch-Weser in der Position eines nicht-operativ tätigen Managing Directors einstellen werde. Schon unmittelbar nach dieser Mitteilung begannen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, allerdings wegen anderer Verdachtsmomente – die



Koch-Weser

Bundesbürgschaft für Gasprom war seinerzeit noch nicht bekannt. Vielmehr ging es um den Verkauf der Russland-Schulden des Bundes, den der Rechnungshof heftig kritisiert hatte und der auch in den Verantwortungsbereich Koch-Wesers gefallen war. Nicht nur, dass der Auftrag an die Deutsche Bank und Goldman Sachs vergeben worden war, ohne ein Konkurrenzangebot einzuholen – laut den Prüfern führte das Geschäft auch zu einem Schaden für den Steuerzahler in Höhe von 1,2 Milliarden Euro. Ermittelt wird auch gegen die Verantwortlichen der Deutschen Bank, die Koch-Weser das Job-Angebot gemacht haben.



Gasprom-Anlage (bei Kursk)

RECHTSEXTREMISMUS

## Unter den Augen des Verfassungsschutzes

Die Verbrennung des „Tagebuchs der Anne Frank“ durch Rechtsextremisten im sachsen-anhaltischen Pretzien hat offenbar unter den Augen des Verfassungsschutzes stattgefunden. In dem 900-Einwohner-Dorf wohnen nach Angaben der Gemeinde ein halbes Dut-

zend Verfassungsschützer, ein Geheimdienst-Mann ist sogar im Gemeinderat aktiv. Den Beamten sei die Existenz einer rechten Szene rund um den „Heimatlager Ostelbien e. V.“ seit Jahren bekannt gewesen – offiziell will der



Böhmer

Verfassungsschutz dagegen nichts von den Umtrieben gewusst haben. In Pretzien wird nun gemutmaßt, die Geheimdienstler hätten „die Gemeinde vor einem schlechten Ruf bewahren wol-

len“. Ein weiterer Grund könne sein, dass der frühere Innenminister Klaus Jeziorsky (CDU) ebenfalls in Pretzien wohnt. Sachsen-Anhalts Landesvater Wolfgang Böhmer (CDU), der den Vorfall als „beschämend“ bezeichnete, las Ende vergangener Woche öffentlich aus dem Tagebuch vor, um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.

Nachgefragt

### Hohe Hürde

„Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist auf dem niedrigsten Stand seit über 20 Jahren. Ist unser Asylrecht zu streng?“

JA 12%

NEIN

75%

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 11. bis 13. Juli; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe/spontan: „nicht streng genug“

GRUNDSATZPROGRAMM

## CDU will Einwanderung

Einen grundlegenden Kurswechsel in ihrer Einwanderungspolitik bereitet die CDU vor – zumindest programmatisch. Angesichts eines steigenden Altersschnitts in der deutschen Bevölkerung spricht sich die Partei in einer Vorlage für das neue Grundsatzprogramm erstmals dafür aus, die demografischen Probleme des Landes auch über den Zuzug von Ausländern zu lösen. Eine „familienorientierte Bevölkerungspolitik“ müsse die „gezielte Zuwanderung dringend benötigter Fachkräfte erreichen“, heißt es in dem Papier, das die CDU-Grundsatzkommission in der vergangenen Woche beraten hat. Nötig sei eine Einwanderungspolitik, „die die Zuwanderung von gesuchten Arbeitnehmern in den nationalen Arbeits-

markt ermöglicht und steuert“. Damit bricht die CDU mit einem Grundsatz ihrer bisherigen Politik: Bislang hatte es die Partei immer abgelehnt, die Überalterung in Deutschland mit Einwanderung auszugleichen.